Synopse

MP 2014_Änderung BüG

	Beschlussesentwurf 1: Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht
	Der Kantonsrat von Solothurn
	gestützt auf Artikel 24 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986 ¹⁾ nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 27. Oktober 1992
	beschliesst:
	I.
	Der Erlass Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) vom 6. Juni 1993 (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:
§ 27 Unentgeltlichkeit	§ 27 Gebühren
¹ Die Entlassung aus dem Kantons- und dem Gemeindebürgerrecht ist kostenlos.	¹ Wer aus dem Kantonsbürgerrecht entlassen wird, hat eine Gebühr zu bezahlen, welche die Verfahrenskosten deckt. Die Höhe der Gebühr legt der Kantonsrat im Gebührentarif fest.
	² Für die Entlassung aus dem Gemeindebürgerrecht kann die Bürgergemeinde in einem rechtsetzenden Reglement eine Gebühr erheben, welche die Verfahrenskosten deckt.
	³ Die Zustellung der Entlassungsurkunde darf nicht von der Entrichtung der Gebühr abhängig gemacht werden.
	II.
	Keine Fremdänderungen.

¹⁾ BGS <u>111.1</u>.

III.
Keine Fremdaufhebungen.
IV.
Die Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.
Solothurn,
Im Namen des Kantonsrates
Peter Brotschi Präsident
Fritz Brechbühl Ratssekretär
Dieser Beschluss unterliegt dem Referendum.